

EXPOSÉ

der Dissertation mit dem Titel:

Subventionsmissbrauch im Licht der europäischen Bestimmungen in
Österreich und in der Slowakei

Verfasserin:

Mag.^a iur. Lucia Holländer

angestrebter akademischer Grad:

Doktorin der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Wien, Juni 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 783 101

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt: Rechtswissenschaften

Betreuer: o. Univ.-Prof. Dr. Frank Höpfel

1. Einführung in das Thema

Die Ideen der Vordenker, die den Grundstein für die gegenwärtige Europäische Union gelegt haben, waren ein friedliches, geeignetes und wirtschaftlich erfolgreiches Europa.¹ Bereits dem Schuman-Plan aus dem Jahre 1950, der später zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – der Vorgängerin der Europäischen Union – beigetragen hat, lassen sich Bemühungen um Förderung der Lebensqualität entnehmen.² Um diesen Gedanken weiter zu entwickeln wurde im Jahre 1975 der Europäische Fonds für regionale Weiterentwicklung gegründet. Der Beitritt der Länder Griechenland, Spanien und Portugal war ein weiterer Anlass für eine Verstärkung der Kohäsionspolitik, die im Jahre 1988 auf die ärmsten und rückständig angesehenen Regionen gerichtet war. Die neunziger Jahre haben weitere Neuigkeiten wie den Kohäsionsfonds oder das Konzept der nachhaltigen Entwicklung.³ Die Mittel der Fonds wurden verdoppelt und haben einem Drittel des Haushalts der Gemeinschaft entsprochen.

Damit die Ressourcen der Gemeinschaft ihrem Zweck entsprechend und effektiv aufgewendet werden könnten, haben die Gemeinschaften jedoch gleichzeitig das Bedürfnis nach dem Schutz ihrer finanzieller Interessen⁴ verspürt.⁵ Der Schutz der finanziellen Ressourcen der Gemeinschaft heißt nicht nur, einen transparenten und fairen Zugang zum Budget der Gemeinschaft zu verschaffen, sondern besteht auch darin, dass die Bürger der Mitgliedstaaten darauf vertrauen können, dass ihr Geld ordnungsgemäß verwendet wird. Mangels eigener Strafrechtssetzungskompetenz war die Gemeinschaft nicht berechtigt, ihre finanziellen Interessen selbst strafrechtlich zu sichern und war auf das uneinheitliche, oft lückenhafte Strafrecht ihrer Mitgliedstaaten angewiesen.⁶ Um ein Konzept für eine Gesamtstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften zu schaffen wurde im Jahre 1995 das Übereinkommen vom 26. Juli 1995 betreffend den Schutz der finanziellen Interessen der EG

1 https://europa.eu/european-union/about-eu/history_de (abgerufen am 10.06.2019).

2 Eines der Ziele des Schuman-Plans war der Ausgleich im Fortschritt der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft der Stahl- und Kohleindustrie, Wurm Clemens A., Der Schuman-Plan, Frankreich und Europa, www.europa.clio-online.de/essay/id/fdae-1677 (abgerufen am 10.06.2019).

3 Dieses Konzept ist eine Form der Entwicklungspolitik, deren Schwerpunkt die Befriedigung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Bedürfnisse einer Gesellschaft bildet. Ausschlaggebend ist die Annahme, dass die Entwicklung der heutigen Bedürfnisse erfüllt werden müssen, ohne das Wohl zukünftiger Generationen zu gefährden.

https://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/glossary/s/sustainable-development (abgerufen am 10.06.2019).

4 Bei der Schädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union bzw. der Gemeinschaft handelt es sich um verschiedene betrügerische Praktiken, die letztlich darauf abzielen, das Finanzaufkommen der Gemeinschaft zu schmälern; an dieser Stelle sind insbesondere die Hinterziehung von Abgaben bei der Wareneinfuhr, die Erschleichung von Erstattungen bei der Warenausfuhr sowie die Abgabenhinterziehung und Subventionserschleichung innerhalb der Gemeinschaft zu nennen. Der Begriff „finanzielle Interesse“ sind sämtliche Einnahmen, Ausgaben und Vermögenswerte, die entweder durch den Haushaltsplan der Union oder durch die Haushaltspläne der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union oder in den von diesen direkt oder indirekt verwalteten und überwachten Haushaltsplänen erfasst, erworben oder geschuldet werden.

5 Eine der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Kopenhagen war, dass dem Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft dieselbe Bedeutung wie dem Schutz der finanziellen Interessen einzelner Mitgliedstaaten beigemessen werden soll. Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Kopenhagen 21.-22. Juni 1993, Abs. 16.

6 Sieber/Satzger/Heintschel-Heinegg, Europäisches Strafrecht, München 2014, S. 484.

(PIF-Konvention) unterzeichnet (einschließlich der dazugehörigen Protokolle vom 27. September 1996 und 19. Juni 1997), das eine Grundlage für ein einheitliches Betrugsstrafrecht mit angeglichenen Mindeststrafen darstellt. Sinn und Zweck dieses Werkes ist es, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft sowohl auf Ebene der Gemeinschaft als auch durch ihre Mitgliedstaaten gewährleistet wird. Zu den wichtigsten Schritten zur Harmonisierung des Strafrechts der EU-Mitgliedstaaten zählt auch die Errichtung des OLAF – der einzigen EU-Einrichtung, die den Auftrag hat, Betrug in Verbindung mit EU-Mitteln aufzudecken, zu untersuchen und abzustellen⁷, sowie die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die nach jahrzehntelangen Bemühungen um die Schaffung einer Europäischen Strafverfolgungsbehörde zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union von 20 Mitgliedstaaten beschlossen wurde.⁸

Die vorliegende Dissertation beschäftigt sich mit strafrechtlichen Fragestellungen im Zusammenhang mit dem Förderungsmissbrauch. Einerseits werden in ihrem Inhalt die europäischen Vorgaben für den Förderungsmissbrauch und die Bekämpfung des Förderungsmissbrauchs geschildert. Andererseits wird die Rechtslage in der Slowakei und in Österreich zur Bekämpfung des Förderungsmissbrauchs rechtsvergleichend analysiert. Der Schwerpunkt dieses Rechtsvergleichs liegt nicht nur auf dem Vergleich des materiellen Rechts, sondern es wird dabei auch die Kooperation beider Staaten mit Organen der Europäischen Union bei der Bekämpfung des Förderungsmissbrauchs sowie die Umsetzung einzelner europäischer Vorgaben in das nationale Recht dieser Staaten ermittelt. Fragen des Strafprozessrechts kann die Arbeit nicht berücksichtigen. Ein besonderes Augenmerk wird jedoch auf die europäischen Vorgaben für die Errichtung neuer Organe der Europäischen Union zum Schutz vor Schädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtet, die die nationalen Gesetzgeber in diesem Kriminalitätsbereich wesentlich beeinflussen. Ein effektives und europaweites Schutzsystem zur Bekämpfung dieser Kriminalität erfordert allerdings nicht nur ein einheitliches Strafrecht, sondern auch eine einheitliche Strafrechtsanwendung und systematische Implementierung von Vorgaben der Europäischen Union. Diese können jedoch aus verschiedensten Gründen auf Schwierigkeiten stoßen.

⁷ https://ec.europa.eu/anti-fraud/about-us/mission_de (abgerufen am 10.06.2019).

⁸ Verordnung (EU) 2017/1939 des Rates vom 12. Oktober 2017 zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit zur Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA).

II. Überblick über den Forschungsstand

Die bisherige Recherche hat aufgezeigt, dass die Thematik der Schädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union bereits in den 90er Jahren behandelt wurde.⁹ Die Literaturquellen österreichischen Ursprungs wurden erst nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union erarbeitet, welche gleichzeitig analog auf die Literatur slowakischen Ursprungs angewendet werden können. Generell ist festzuhalten, dass die Punkte dieser Dissertation, die von supranationaler Bedeutung sind¹⁰, ziemlich intensiv thematisiert wurden und werden. Literaturquellen, die sich allerdings insbesondere mit dem Förderungsmisbrauch im Zusammenhang mit den Geldmitteln der Europäischen Union beschäftigen, sind weder in Österreich noch in der Slowakei in vergleichbarer Quantität vertreten. Der Umfang der relevanten Literatur österreichischen Ursprungs ist wesentlich größer im Vergleich zu den slowakischen Rechtsquellen. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die gängige juristische Praxis – sei es im Bereich der Rechtsauslegung, sei es im Bereich der Justiz – oft auf Judikate und Literaturquellen tschechischen Ursprungs verweist.¹¹ Darüber hinaus ist zu erwähnen, dass meines Wissens nach keine Arbeiten bestehen, die sich mit wirtschaftsstrafrechtlichen Themen im Rahmen eines Rechtsvergleichs zwischen der Slowakei und Österreich beschäftigen.

III. Zielsetzung, zentrale Fragenstellung und inhaltliche Gliederung

Die Arbeit konzentriert sich auf das materielle Strafrecht – den Tatbestand des Förderungsmisbrauchs – und zwar sowohl im Kontext der österreichischen als auch der slowakischen Rechtsordnung. Obwohl diese Staaten zu verschiedenen Zeitpunkten der Europäischen Union beigetreten sind, wurde das Strafrecht beider Staaten durch die Vorgaben der Europäischen Union wesentlich entwickelt – dies insbesondere durch das Übereinkommen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft vom 26.07.1995 oder durch die Errichtung von OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft. Im Zuge dieser Bestrebungen wurde nicht nur ein verstärktes System zum Schutz der Gemeinschaftsmittel konzipiert, sondern auch spezielle Tatbestände in Verbindung mit der Schädigung der

⁹ Z.B. durch Garcia Marqués und Kert (zum Strafrechtsänderungsgesetz 1998) oder Fischler (zur Schutz der finanziellen Interessen der EU durch die Mitgliedstaaten und Europäische Kommission).

¹⁰ Gemeint werden also Aspekte, die sich gleichzeitig auf alle bzw. mehrere Mitgliedstaaten der Europäischen Union beziehen, wie z.B. OLAF oder die Europäische Staatsanwaltschaft.

¹¹ Weder Urteile tschechischer Gerichte noch andere Rechtsquellen tschechischen Ursprungs entfalten Bindungswirkung für die slowakische Justiz oder Legislative; vielmehr werde diese unterstützend zwecks Auslegung und Argumentation verwendet – dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Slowakei und die Tschechische Republik im 20. Jahrhundert jahrzehntelang als ein einheitliches Staatssubjekt existiert haben. Es bestehen jedoch auch kritische Meinungen, dass sie lediglich die quantitativ nicht ausreichende juristische Literatur slowakischen Ursprungs kompensieren.

finanziellen Interessen der Europäischen Union geschaffen.¹² Fragen des nationalen Strafprozessrechts beider Staaten gehören nicht zum Hauptgegenstand dieser Arbeit; erarbeitet werden lediglich spezifische Fragen in Verbindung mit Kompetenzen der Europäischen Union und ihrer Organe.¹³ Ein besonderes Augenmerk wird jedoch auf die europäischen Vorgaben für den Förderungsmisbrauch sowie die Schritte der Europäischen Union zur Harmonisierung dieser strafrechtlichen Aspekte auf Ebene der Mitgliedstaaten gerichtet. Ziel der Arbeit ist eine umfassende und vergleichende Analyse der Entwicklung des Tatbestandes des Förderungsmisbrauchs in Österreich und in der Slowakei, und zwar unter Berücksichtigung der Vorgaben der Europäischen Union und ihrer Rolle bei der Bekämpfung des Förderungsmisbrauchs.

Die Analyse des Förderungsmisbrauchs sowohl aus Sicht der Europäischen Union als auch rechtsvergleichend in Bezug auf Österreich und die Slowakei soll vor allem anhand folgender Punkte erarbeitet werden:

- Entwicklung der strafrechtlichen Materie des Förderungsmisbrauchs in Österreich und in der Slowakei vor und nach Beitritt zur EU;
- Kompetenz der Europäischen Union in Bezug auf die Harmonisierung des Strafrechts, Untersuchung und Verfolgung des Förderungsmisbrauchs,
- Typische Begehungsformen des Förderungsmisbrauchs;
- Implementierung der in der RL (EU) 2017/1371 vorhandenen Tatbestände in das nationale Recht in Österreich und in der Slowakei.

Wie bereits oben angedeutet liegt der Schwerpunkt dieser Dissertation darauf, die Problematik des Förderungsmisbrauchs sowohl unter Heranziehung europäischer Vorgaben als auch mittels eines Rechtsvergleichs des materiellen Rechts in Österreich und in der Slowakei darzustellen. Dies wird in ausführlicher Weise im einleitenden Teil der Dissertation erörtert.

Im zweiten Kapitel setze ich mich kurz mit der Entwicklung der Rechtslage in Österreich und in der Slowakei auseinander. Dabei wird insbesondere auf die unterschiedliche Entwicklungstendenzen nach dem Jahre 1918 bis zum Beitritt beider Staaten der Europäischen

¹² Die neugeschaffenen Tatbestände zur Bekämpfung der Kriminalität gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gehen insbesondere auf die RL (EU) 2017/1371 zurück. Obwohl sie erst bis 06.07.2019 umzusetzen ist, wurden zahlreiche in dieser Richtlinie genannte Tatbestände in vielen Mitgliedstaaten noch vor der Erlassung dieser Richtlinie – also unter Berücksichtigung des PIF-Übereinkommens – in das nationale Strafrecht umgesetzt.

¹³ Eingegangen wird dabei insbesondere auf OLAF und die Europäische Staatsanwaltschaft.

Union eingegangen. Zudem wird begründet, warum sich die Rechtssysteme dieser Staaten als Objekte rechtsvergleichender Forschung eignen.

Das dritte Kapitel der Dissertation beschreibt das fragliche Rechtsgut, nämlich den Haushalt der Europäischen Union und gibt Auskunft über den Umfang ihrer Förderungen zugunsten ihrer Mitgliedstaaten. Dieses Kapitel wird insbesondere unter Heranziehung von statistischen Angaben erarbeitet.

Im vierten Kapitel der Dissertation wird das Phänomen des Förderungsmissbrauchs definiert. Es wird dabei auf die Entwicklung des Tatbestandes des Förderungsmissbrauchs im europäischen sowie in den Rechtsordnungen beider Staaten eingegangen. Geschildert wird auch die Rolle und Bedeutung der Subventionen der Europäischen Union. Um das Wesen des Förderungsmissbrauchs praxisnah darzustellen werden auch typische Szenarien des Förderungsmissbrauchs analysiert.

Der gemeinschaftliche Schutz vor Förderungsmissbrauch bildet den Schwerpunkt des fünften Kapitels der Dissertation. Der Sinn und Zweck dieses Kapitels ist es, die Kompetenz der Europäischen Union bei der Bekämpfung der Kriminalität zulasten ihres Budgets zu steuern. Analysiert werden auch konkrete Probleme, die sich dabei ergeben, und zwar insbesondere im Hinblick auf die Harmonisierung des europäischen Strafrechts und unterschiedliche Rechtsanwendung in den Mitgliedstaaten. Damit hängt auch die Rolle einzelner Organe der Europäischen Union, die auf die Bekämpfung, Überwachung und Untersuchung der den finanziellen Interessen der Europäischen Union schädigenden Kriminalität gerichtet ist.

Im sechsten Teil setze ich mich mit dem Inhalt der Richtlinie (EU) 2017/1371 auseinander. Der Kernteil dieses Kapitels wird die Umsetzung dieser Richtlinie in Österreich und in der Slowakei bilden. In diesem Teil der Arbeit wird analysiert, inwieweit diese Umsetzung dem Kampf gegen Förderungsmissbrauch dienen. Neben einer Analyse der nationalen Tatbestände erfolgt auch eine rechtsvergleichende Untersuchung.

Im Schlussteil dieser Arbeit werde ich in Form eines abschließenden Resümees versuchen, die Probleme bei der Bekämpfung des Förderungsmissbrauchs, die sich aus der Systematik des materiellen Rechts ergeben, zu identifizieren, wobei insbesondere konkrete Unterschiede zwischen Österreich und der Slowakei thematisiert werden.

VI. Forschungsmethode

Als Literaturquellen werden für diese Dissertation sowohl slowakische (und tschechische) als auch österreichische bzw. englischsprachige Lehrbücher, Monographien, Kommentare sowie einschlägige Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelbänden herangezogen. Eingegangen wird auch auf die Gesetzesbestimmungen und die zugehörigen Materialien im Bereich des Förderungsmisbrauchs. Zudem umfasst die Analyse auch statistische Angaben der europäischen sowie nationalen Organe, die sich auf Förderungsmisbrauch und Schädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union beziehen.

Das Dissertationsthema wird unter Anwendung gängiger wissenschaftlicher Vorgehensweise bearbeitet. Anschließend wird das gesamte Material systematisiert und unter Anwendung juristischer Interpretations- und Auslegungsmethoden analysiert. Zudem wird die Auslegungsmethode der funktionalen Rechtsvergleichung angewendet, um die unterschiedlichen strafrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich des Förderungsmisbrauchs ermitteln und darstellen zu können. Diese erschöpft sich in einer umfassenden und systematischen Vergleichung funktional äquivalenter Regelungen.

Nach einer rechtlichen Recherche wird die dogmatische Einordnung des Förderungsmisbrauchs in der österreichischen und slowakischen Rechtsordnung unter Berücksichtigung einschlägiger europäischer Bestimmungen herausgearbeitet werden. Anhand der Analyse der einzelnen Strafbestimmungen und Materialien mittels der oben genannten Methoden wird aufgezeigt, ob Strafrechtslücken im österreichischen bzw. slowakischen Recht bestehen und welche Bestimmungen eventuell überschießend ausgestaltet sind.

V. Zeitplan:

SS 2019:	Themensuche Recherche Absolvierung der Lehrveranstaltung Juristische Methodenlehre Erstellung des Exposés Fakultätsöffentliche Präsentation des Dissertationsvorhabens Einreichung des Exposés
SS 2019 – SS 2020:	Absolvierung der Verpflichtenden Lehrveranstaltungen
WS 2019:	Verfassen des ersten, zweiten und dritten Kapitels der Dissertation
SS 2020:	Verfassen des vierten Kapitels der Dissertation
WS 2020:	Verfassen des fünften Kapitels der Dissertation
SS 2020:	Verfassen des sechsten Kapitels und des Schlussteils der Dissertation
WS 2021:	Überarbeitung der Dissertation
Ende WS 2021:	Öffentliche Defensio Besprechung, Berichterstattung und Abstimmung mit dem Betreuer (mindestens halbjährig)

VI. Vorläufige Gliederung:

1. Einleitung

- 1.1. Problemstellung
- 1.2. Forschungsstand
- 1.3. Forschungsleitende Fragestellungen

2. Österreichische und slowakische Rechtsordnung im Überblick

- 2.1. Entwicklung der Rechtslage in Österreich und in der Slowakei (Schwerpunkt: Strafrecht)
 - 2.1.1. Österreich: Entwicklung 1918 – Beitritt der EU
 - 2.1.2. Österreich: Entwicklung nach dem Beitritt der EU
 - 2.1.3. Slowakei: Entwicklung 1918 – Entstehung der Slowakischen Republik
 - 2.1.4. Slowakei: Entstehung – Beitritt der EU
 - 2.1.5. Slowakei: Entwicklung nach dem Beitritt der EU
- 2.2. Vergleichbarkeit der österreichischen und der slowakischen Rechtsordnung

3. Finanzen der Europäischen Union und Förderungen

- 3.1. Das Budget der EU
- 3.2. Förderungen der EU (Fonds)
- 3.3. Schadensvolumen seit Beitritt Österreichs, Kriminalität

4. Das Phänomen des Förderungsmissbrauch und seine Definition

- 4.1. Definition des Förderungsmissbrauchs
- 4.2. Bedeutung, Umfang, Zweck der Förderungen der EU in Österreich und in der Slowakei
- 4.3. Faktische Angaben (nationale und europäische Statistiken) – Vergleich beider Staaten
- 4.4. Typische „Szenarien“ des Förderungsmissbrauchs (Erscheinungsformen)

5. Gemeinschaftsrechtlicher Schutz vor Förderungsmissbrauch

- 5.1. Kompetenz der EU

5.2. Harmonisierung des Strafrechts - Zersplitterung der Rechtslage als Problem

5.3. Rechtsquellen

5.3. Organisationsstruktur der EU zum Schutz vor Förderungsmissbrauch

5.4. Einzelne Organe der EU zum Schutz vor Förderungsmissbrauch unter besonderer Berücksichtigung von OLAF und EuStA

5.5. Reaktionsmöglichkeiten der EU

6. Richtlinie (EU) 2017/1371 und ihre Auswirkung auf den Tatbestand des Förderungsmissbrauchs

6.1. Erwägungsgründe

6.2. Regelungsinhalte

6.3. Definitionen und Anwendungsbereich

6.4. Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU

6.5. Umsetzung in Österreich

6.6. Umsetzung in der Slowakei

7. Conclusio

VII. Auszug aus relevanter Literatur:

Deutschsprachige Werke:

Ambos, Internationales Strafrecht: Strafanwendungsrecht, Völkerstrafrecht, Europäisches Strafrecht, Rechtshilfe (Großes Lehrbuch)⁵, C. H. Beck, München 2018.

Brodowski, Die Europäische Staatsanwaltschaft – eine Einführung, StV 2017, 68.

Eder-Rieder, Einführung in das Wirtschaftsstrafrecht⁶, NNWV Verlag, Wien/Graz 2014.

Fromm, Der strafrechtliche Schutz der Finanzinteressen der EG, Springer-Verlag Berlin, Heidelberg 2004.

Fischler, Der Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften – eine gemeinsame Aufgabe von Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission, ÖJZ 1997, 213.

Földeak, Die Europäisierung des mitgliedstaatlichen Verfassungsrechts am Beispiel der Slowakischen Republik Bd. 21, 2016.

Hecker, Europäisches Strafrecht⁷, Springer, Heidelberg 2015.

Herbert, Strafrechtlicher Schutz von EU-Subventionen: Reichweite und Grenzen in Deutschland, Österreich und England am Beispiel nicht wirtschaftsfördernder Subventionen, Duncker & Humblot, Berlin 2013.

Garcia Marqués/Kert, Strafrechtsänderungsgesetz 1998: Umsetzung des EU-Betrugs-Übereinkommens in Österreich, ÖJZ 1999, 213.

Höpfel/Ratz, Wiener Kommentar zum StGB⁸, Manz Verlag Wien, Wien 2019.

Hummer, Die Einrichtung der „Europäischen Staatsanwaltschaft“ als bisher letzter Fall einer „verstärkten Zusammenarbeit“ in der EU, ZfRV 2018, 4.

Isfen, Überobligatorische Erfüllung von Umsetzungspflichten aus supra- und internationalen Übereinkommen am Beispiel der Strafgewalterstreckung auf Auslandskorruption, KriPoZ 2, 2019, 65.

Kert/Kodek, Das große Handbuch Wirtschaftsstrafrecht, Manz Verlag Wien, Wien 2016.

Martens, Subventionskriminalität zum Nachteil der Europäischen Gemeinschaften: Eine Untersuchung zu Straftaten nach § 264 StGB als einer Form von Unregelmäßigkeiten bei Ausgaben aus Gemeinschaftsmitteln, Centaurus Verlag & Media, Freiburg 2000.

Rheinbay, Die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, Duncker & Humblot, Berlin 2014.

Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht⁸, Nomos, Baden-Baden, 2018.

Sieber/Satzger/Heintschel-Heinegg, Europäisches Strafrecht², Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, München 2014.

Sieber, Subventionsbetrug und Steuerhinterziehung zum Nachteil der Europäischen Gemeinschaft, SchwZStR 1996, 357.

Schmudermayer, Die Europäische Staatsanwaltschaft – Betrugsbekämpfung auf Unionsebene, Ecolex 2018, 99.

Staffler, Die Europäische Staatsanwaltschaft – ein Überblick, AnwBl 2018/208, Manz, 589.

Weitendorf, Die interne Betrugsbekämpfung in den Europäischen Gemeinschaften durch das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF): eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des Rechtsschutzes und des Bestehens von Verteidigungsrechten für Gemeinschaftsbedienstete, LIT Verlag, Hamburg 2007.

Zeder, Die Rolle des Strafrechts beim Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft, in Bundesministerium für Justiz, Entwicklungslinien im Straf- und Strafprozessrecht, Vorträge der Richterwoche 1996, 183.

Englisch-, tschechisch- und slowakischsprachige Werke:

Boháčková/Hrabánková, Strukturální politika Evropské unie, C.H. Beck, Praha 2009.

Čentěš a kol., Trestný zákon: Veľký komentár⁴, Eurokódex, Bratislava 2018.

Fenyk/Svák, Europeizace trestního práva, Bratislavská vysoká škola práva, Bratislava 2008.

Ivor/Polák/Záhora, Trestné právo hmotné II – Osobitná časť, Wolters Kluwer, Bratislava 2017.

Ivor/Záhora, Trestné právo Európskej únie a jeho vplyv na právny poriadok Slovenskej Republiky, Eurokódex, Žilina, 2013.

Jelínek/Gřivna/Herczeg/Navrátilová/Syková a kol., Trestní právo Evropské Unie, Leges, Praha 2014.

Klatík Jaroslav a kol., Trestné právo hmotné – Osobitná časť, Aleš Čeněk, Bratislava 2018.

Lisoň/Stieranka, Organizovaná kriminalita v Slovenskej republike, Akadémia PZ, Bratislava 2004.

Romža Sergej, Nekonzistentnosť obligačných podmienok poskytovania nenávratného finančného príspevku a jej trestnoprávne konsekvencie pri trestnom čine poškodzovania finančných záujmov Európskej únie, Forezní vědy, právo, kriminalistika, 2/2018, ročník 3.

Šámal Pavel, Trestní zákoník: Komentář², C.H. Beck, Praha 2012.

Šanta/Žilinka, Poškodzovanie finančných záujmov Európskej únie – pojem, medzinárodné súvislosti, aplikačná prax trestná. In: Justičná revue 2018 / JR – 6-7 / 2018.

Tomášek Michal, Europeizace trestního práva, Edícia, Praha 2009.

Zagaris Bruce, International white collar crime: cases and materials, Cambridge University Press, New York, 2010.

Záhora Ján, Aktuálne problémy vyšetrovania trestného činu poškodzovania finančných záujmov EÚ. In: Nové jevy v hospodárskej kriminalitě – juristický, kriminalistický a kriminologický pohled (Sborník příspěvků z konference). Acta Universitas Brunensis.